

Hinter die Fichte geführt

RBB-Reporter **Florian Eckardt** beschrieb die Situation in der Sendung „Heute im Parlament“, als die Kandidatin der Linken für einen Richterposten im Verfassungsgerichtshof in Berlin die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreichte, treffend. R2G sei hinter die Fichte geführt worden, was so viel bedeutet wie betrogen, überlistet oder getäuscht worden zu sein. Während die Kandidaten der SPD und CDU problemlos die Abstimmung überstanden, fiel die von der Linken nominierte Richterin durch. Aus der CDU, deren Stimmen für eine Zweidrittelmehrheit erforderlich waren, kam kein Signal, dass man die Kandidatin der Linken nicht wählen würde. Nach einer geheimen Wahl kann man viele Spekulationen und Rechenbeispiele anstellen, die Wahrscheinlichkeitsrechnung zeigt aber auf die CDU, die gegen die Bewerberin gestimmt haben wird.

Dass es sich bei der verunglückten Wahl um einen Betriebsunfall handelte, ist sehr unwahrscheinlich. Vielmehr spricht eine Absprache unter den CDU-Abgeordneten dafür, sonst wäre das Ergebnis nicht zustande gekommen. Die Frage bleibt, ob Fraktionschef **Burkard Dregger** davon wusste oder ob seine Leute auch ihn hinter die Fichte geführt haben. Hätte die CDU ein Signal an die Koalitionsfraktionen gesendet, die Linke Kandidatin nicht mitzuwählen, wäre auch ihr Kandidat durchgefallen. So gesehen ist auch ein wenig Heimtücke im Spiel. Die CDU hat sich mit ihrem Verhalten keinen Gefallen getan, denn in absehbarer Zeit wird es kaum noch möglich sein, eine Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus zustande zu bekommen. Und sie hat dem Verfassungsgerichtshof keinen Gefallen getan, denn dort muss man jetzt mit einer Richterin weniger auskommen, und zwar ebenfalls auf unbestimmte Zeit. Denn das Verhalten der CDU richtet sich offenbar nicht gegen die Person der Kandidatin, sondern gegen die Linke insgesamt. Folge dessen ist es unwichtig, wen die Linke als neue Kandidatin benennt.

Auch wenn wir es falsch finden, dass sich die CDU ausgerechnet die Besetzung des Verfassungsgerichtshofes für ihre Rache an der Linken ausgesucht hat, so kann man die Gründe für ihre Abneigung durchaus nachvollziehen. Da ist zum Beispiel die 100-Jahr-Feier der KPD-Gründung „mit Rotkäppchensekt“ im Festsaal des Abgeordnetenhauses. Zwar wurde die KPD in diesem Haus gegründet, was aber noch lange kein Grund ist, dieses Jubiläum dort, wo heute das frei gewählte Parlament des Landes Berlin tagt, zu feiern, und zwar unter Beteiligung der Linken. Auch die 70-Jahr-Feier der untergegangenen DDR ist der CDU ein Dorn im Auge. Diese Veranstaltung, bei der der letzte DDR-Chef **Egon Krenz** noch

einmal alle Nebelkerzen über den sozialistischen Musterstaat durch den Saal schoss, nimmt die CDU der Linken krumm. Diese Veranstaltung war ein wahrer Mummenschanz der letzten Aufrechten eines Systems, von dem sich die Bürger bereits zum vierzigsten Jubiläum 1989 eindrucksvoll verabschiedet haben.

Ob man die Unrechtsdebatte, die **Bodo Ramelow** und **Manuela Schwesig** losgetreten haben, nun auch noch der Berliner Linken anlasten muss, lassen wir einmal dahingestellt. Da wiegt der „Rückfall in sozialistischen Staatsdirigismus (Enteignungen, Mietendeckel) schon schwerer. Und letztlich die Zweifel des Linken Kultursenators **Klaus Lederer** an den Feierlichkeiten zum 9. November, „der einstigen Aufbruchstimmung sei Nachdenklichkeit gewichen“, so Lederer. Was heißt das? Sollen wir uns am 9. November nicht fröhlich, sondern nachdenklich freuen? Und das vor allem deshalb, weil die etablierten Volksparteien am Abgrund stehen und durch ihre Politik nicht verhindern konnten, dass der Osten zu einem hohen Prozentsatz rechts wählt?

Es ist nachzuempfinden, dass die Berliner CDU verzweifelt ist und sich am politischen Gegner abarbeiten muss. Die CDU hat in Berlin keine Machtopion. Mit ihren 17 Prozent hätte sie selbst in einer Koalition mit den Grünen als Juniorpartner wenig zu melden. So eine Koalition wäre, wenn überhaupt, nur unter Hinzuziehung der FDP möglich. Diese Kombination ist so gut wie ausgeschlossen. In Berlin herrscht eine linke Mehrheit, und zwar komfortabel mit knapp 60 Prozent. Und daran wird sich so schnell nichts ändern.

Die Weigerung der CDU, eine Kandidatin der Linken bei der Besetzung des Richterpostens am Verfassungsgerichtshof zu wählen, bringt ihr keine Punkte. **Raed Saleh**, der Fraktionschef der SPD, hat es beim Interview aus dem Parlament auf den Punkt gebracht. Er verwies auf die vielen Abgeordneten der AfD, die hinter den Journalisten und Kamerateams standen, und sich „eins feixten.“ Je weniger die AfD in Erscheinung tritt, desto besser ihre Werte. Die Menschen rennen scharenweise von den demokratischen Parteien weg, weil diese den Eindruck erwecken, sich im Streit untereinander zu zerreiben. Da suchen leider viele eine neue Heimat, eine Alternative für sich und für Deutschland. Das Unvermögen der Volksparteien, alle Bevölkerungsschichten anzusprechen, mobilisiert sogar die „schweigende Mehrheit“ aus dem Lager der Nichtwähler. Schönrechnen hilft nicht mehr, wenn man darauf verweist, dass immer noch mehr als Zweidrittel der Wähler nicht ihre Stimme an der AfD verschwenden. Wie viele Verdopplungen der Prozente braucht die AfD noch, um den Osten zu übernehmen?

Ed Koch

Die von SPD, Linken, Grünen und der FDP getragenen **EntschlieÙung zum dreißigsten Jahrestag des Mauerfalls**, haben wir in unserem Newsletter vom 1. November veröffentlicht. Diese EntschlieÙung ist also beschlossen worden, ohne die Stimmen der CDU. Gründe siehe oben. Den EntschlieÙungsantrag der CDU, der demzufolge keine Mehrheit fand, dokumentieren wir natürlich auch, siehe nachfolgender Text.

Wir alle haben noch die bewegenden Bilder vom 9. November 1989 vor Augen, als sich Menschen aus Ost und West an den offenen Grenzübergangsstellen und wenig später auch am Brandenburger Tor vor Freude in den Armen lagen und die Freiheit feierten. Der Mauerfall war ein Glücksfall der Geschichte für unser gemeinsames Vaterland und markierte den Höhepunkt eines immer lauter gewordenen Rufs nach Freiheit in der ehemaligen DDR und in den Ländern des gesamten Ostblocks.

Den mutigen Menschen, die damals gegen das SED-Unrechtsregime in Berlin und anderswo auf die Straße gingen und ihre Stimme erhoben, gelten deshalb heute unser großer Dank und unsere Hochachtung. Sie haben der ganzen Welt bewiesen, dass Veränderung auf friedlichem Wege möglich ist und es sich lohnt, gemeinsam gegen Unterdrückung und Bevormundung die Stimme zu erheben: Nach 28 Jahren der Teilung hinter unüberwindbaren Mauern, in welcher unzählige Existenzen zerstört, ganze Familien zerrissen und Freundschaften entzweit wurden, triumphierte am 9. November der unbedingte Wille eines ganzen Volkes zu einem Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie. Endlich wurde die menschenverachtende Willkürherrschaft der SED-Diktatur und ihrer Stasi-Spitzel zu Fall gebracht, die nicht einmal vor systematischer Zerstörung der Persönlichkeit und Denunziation im engsten Familienkreis Halt gemacht hat.

*Die Tatsache, dass der unblutig verlaufene Fall der Mauer auch durch den unermüdlichen Einsatz visionärer Staatsmänner wie den Berliner Ehrenbürger **Helmut Kohl** und **Hans-Dietrich Genscher** möglich gemacht wurde, lehrt uns, trotz mancher Mühen und Rückschläge in der Tagespolitik an den unverrückbaren Idealen eines Lebens in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit festzuhalten. Wo andere nur von „Wiedersehen“ sprachen, hatte **Helmut Kohl** das klare Ziel der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes im Blick.*

*Besonders die Stadt Berlin verdankt auch unseren westlichen Verbündeten und insbesondere den amerikanischen Präsidenten **Ronald Reagan** und **George H. W. Bush** sehr viel und wird diese moralische und politische Unterstützung nie vergessen.*

Auch die Politik der gesellschaftlichen Öffnung, die durch **Michail Gorbatschow** im Ostblock begonnen wurde, öffnete das historische Fenster zur Wiedervereinigung, das **Helmut Kohl** mit ganzer staatsmännischer Kunst erkannte und nutzte.

Gleichzeitig erinnern wir uns mit dem heutigen Datum auch an die Reichspogromnacht von 1938, die Teil des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte ist. Aus blindem Hass und Verblendung wurden in dieser Nacht jüdische Geschäfte zerstört, Synagogen angezündet und unbescholtene deutsche Mitbürger nur wegen ihrer jüdischen Glaubenszugehörigkeit verfolgt und ermordet. Besonders vor dem Hintergrund des wiederaufkeimenden Antisemitismus in Teilen unserer Gesellschaft gilt es deshalb heute, uns stets in Demut und mit ganzer Kraft für das hohe Gut der Freiheit, der Toleranz und der Mitmenschlichkeit einzusetzen.

Jeglichem totalitären Gedankengut, egal ob von links oder von rechts kommend, muss daher entschieden entgegengetreten werden. Losungen der friedlichen Revolution von 1989 („Wir sind das Volk“) dürfen nicht für politische Zwecke missbraucht werden. Einer Verharmlosung der NS-Schreckensherrschaft in unserem Land ist genauso entschieden zu widersprechen, wie dies bei dem Versuch einer Relativierung und Verklärung des SED-Unrechtsregimes in der ehemaligen DDR der Fall sein muss.

Angesichts der Rückkehr sozialistischer Heilsversprechen und einer Geschichtsvergessenheit, wie sie in Teilen der politischen Linken heute zu finden sind, gilt es nicht nur am Tag des Mauerfalls mit lauter Stimme an das täglich begangene Unrecht im real existierenden Sozialismus der DDR zu erinnern. Die traurige Tatsache, dass im heutigen Berlin des 70. Jahrestages der Gründung der DDR offen gehuldigt wird, stellt eine Verhöhnung der Opfer des SED-Unrechtsregimes dar.

Als überzeugte Demokraten stellen wir uns gegen jede Relativierung der DDR als Unrechtstaat und blicken mit einem Gefühl großer Freude und Dankbarkeit auf ein glücklich und friedlich wiedervereintes deutsches Vaterland, in dem wir in Freiheit zusammenleben dürfen. Aus diesem Grund gehört der 9. November 1989 zu einem der größten Freudentage Deutschlands und insbesondere seiner Hauptstadt, unserer Stadt Berlin.

Bis auf die Nichterwähnung von **Willy Brandt** in der Reihe der visionären Staatsmänner und Ehrenbürger von Berlin, ist dem CDU-Text wenig hinzuzufügen. Dass die Linke ihn nicht unterschreiben wollte, war vorhersehbar, ist aber auch nicht notwendig.

Ed Koch